

**Rede  
von**

**Thordies Hanisch, MdL**

zu TOP Nr. 27

Abschließende Beratung

**Nährstoffkreisläufe verbessern -  
Pflanzen bedarfsgerecht ernähren -  
Wasserqualität sichern**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/2026

während der Plenarsitzung vom 15.05.2019  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Anrede,

„den Fluss der Nährstoffströme verbessern und entbürokratisieren“, „Einschränkungen der Düngung in Abhängigkeit von Boden- und Klimaverhältnissen entschärfen“, „von einer Festlegung starrer Nährstoffbedarfswerte abzusehen“ – das würde sich doch alles ganz gut anhören. Wenn wir kein Problem hätten, würde ich überlegen, ob ich dem nicht zustimmen kann. Aber wir haben ein Problem, und das war auch schon klar, als Sie diesen Antrag eingebracht haben.

Unsere Aufgabe ist es, Verantwortung zu übernehmen für die Landwirte, aber auch für das Gemeinwohl.

In Niedersachsen überschreiten 38 Prozent der Messstellen den Grenzwert von 50 mg Nitrat pro Liter. Und wir alle haben unser Grundwasser nach allen Kräften zu schützen. Im Juni 2018 stimmten Sie dann auch unserem Antrag zu, Maßnahmen nach § 13 der Düngeverordnung umzusetzen, und nun fordern Sie keine Maßnahmen nach § 13 umzusetzen, die überregulieren.

Als Mitglied einer regierungstragenden Fraktion kann ich glücklicherweise davon ausgehen, dass unsere Exekutive bei der Umsetzung sinnvolle Maßnahmen umsetzt. Und andere Bundesländer haben bereits Maßnahmen umgesetzt, damit ist die Wettbewerbsfähigkeit niedersächsischer Betriebe zumindest diesen gegenüber auch nicht eingeschränkt. Zudem wird es bei der aktuellen Diskussion zwischen Bund und EU wohl nicht nur bei den angedachten Maßnahmen nach § 13 bleiben, es werden weitere folgen.

Die Verbesserung des Nährstoffkreislaufs nehmen Sie in Ihrem Antrag auch in den Blick. Und das haben wir auch schon im Antrag im Juni 2018 beschlossen: „Hindernisse zu prüfen und nachzusteuern, ohne eine Verschlechterung des Grund- und Oberflächenwassers zu riskieren“. Und außerdem Pilotprojekte umzusetzen. Dazu braucht es keinen erneuten Antrag, um uns und das Ministerium mit bürokratischem Aufwand beschäftigt zu halten.

Im Ausschuss wurde die Situation des Messstellennetzes in Niedersachsen erläutert. Und es wurde dargestellt, dass die Überschreitungen, die als landwirtschaftlichen Ursprungs gekennzeichnet sind, auch mit Sicherheit landwirtschaftlichen Ursprung haben.

Wir haben ein Problem und müssen uns darum kümmern, und wenn man mit mehr Messstellen das Problem lösen könnte, dann wäre ich ganz bei Ihnen. Aber leider: „vom Wiegen wird die Sau nicht fett“, und deswegen brauchen wir reale Ansätze, um unser Grundwasser zu schützen.

Es steht außer Frage, dass die belasteten Gebiete binnendifferenziert betrachtet werden müssen und nicht über den dicken Daumen ausgewiesen werden dürfen. Es steht aber auch außer Frage, dass wir die Verantwortung tragen, eine Gefährdung unseres Grundwassers mit allen Kräften entgegenzuwirken. Es muss dringend gehandelt werden, neben der Datenbank ENNI müssen die Maßnahmen nach § 13 2 schnellstens realisiert werden.

Und die neuen Regelungen reichen aus Sicht der EU nicht, um nachhaltig sicherzustellen, dass unser Grundwasser nutzbar bleibt. Diese Thematik begleitet mich quasi seit meinem ersten Tag hier im Landtag. Und geht noch viel weiter zurück. Es konnten also alle mitverfolgen, wie Deutschland Regelungen geschaffen hat, die aus Sicht der EU nicht genügten, um unsere Grundwasserqualität zu erhalten. Und wiederholt Verschärfungen gefordert wurden. Nicht aus Spaß, sondern zum Schutz unseres Grundwassers. Und da kann ich nicht ganz nachvollziehen, wie Sie in Ihrem Antrag fordern können, „nicht zu überregulieren“ und „zu entbürokratisieren“.

Dabei fehlen mir mal Ansätze, wie das an welcher Stelle passieren soll, damit wir Schritte in die richtige Richtung gehen. Denn Schritte in die falsche Richtung werden Sie hier mit uns und auch mit der EU nicht umsetzen können.

Auch andere EU-Länder stehen vor vergleichbaren Herausforderungen – in den Niederlanden musste der Milchviehbestand um 11 Prozent reduziert werden, in

Dänemark wurde eine Senkung der Düngung um 20 Prozent umgesetzt, und in Frankreich wurden die belasteten Gebiete deutlich ausgeweitet.

Das alles macht es für uns nicht besser, aber Umweltschutz, Klimaschutz, nachhaltigere Landwirtschaft und nachhaltigerer Konsum – das sind keine Forderungen politischer Parteien, das sind Forderungen, die existenziell für unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder sind. Wir brauchen Ideen und Lösungen, um in die richtige Richtung zu gehen und unsere bäuerliche Landwirtschaft dabei zu stärken.

Wo sind Ihre Ansätze, landwirtschaftliche Betriebe nicht durch Deregulierung, sondern durch Ideen zu fördern? Ich würde mich freuen, wenn Sie sich konstruktiv in diesen Prozess einbringen. In dem vorliegenden Antrag sehen wir dafür aber wenig brauchbare Ansätze und müssen ihn daher ablehnen.

Vielen Dank.